

Digitaler
Sonderdruck

Zeitschrift für das ge
REDITWESEN

78. Jahrgang · 1. Juli 2025

13-2025



Mitherausgeber dieser Ausgabe:
Bundesverband Öffentlicher
Banken Deutschlands, VÖB, e.V.

Pflichtblatt der Frankfurter Wertpapierbörse
Fritz Knapp Verlag · ISSN 0341-4019

FÖRDERBANKEN 2025

Wachstum mit Verantwortung –
Europas Infrastruktur im Wandel
René Repasi / Alissa Nanami Ostendorf

René Repasi / Alissa Nanami Ostendorf

Wachstum mit Verantwortung – Europas Infrastruktur im Wandel

Europa steht an einem Wendepunkt: unterschiedliche Herausforderungen und Krisen überlagern sich – von den Folgen der Klimakrise über Energieengpässe und geopolitische Spannungen bis hin zu einer stark gestiegenen Belastung der Bürgerinnen und Bürger durch Lebenshaltungs- und Wohnkosten. Nach Schätzungen der Europäischen Zentralbank¹⁾ beläuft sich die öffentliche Investitionslücke in der EU zwischen 2025 und 2031 auf über 900 Milliarden Euro pro Jahr – zusätzlich zum aktuellen Niveau. Diese Investitionen wären notwendig, um die Ziele der digitalen und nachhaltigen Transformation sowie der europäischen Verteidigungsfähigkeit zu erreichen. Allein für die Umsetzung der Klimaziele fehlen bis 2030 Investitionen in Höhe von rund 620 Milliarden Euro jährlich.²⁾

Diese Summen machen bereits deutlich, dass diese Herausforderung allein mit öffentlichem Geld nicht zu meistern ist. Privates Kapital muss hierfür zusätzlich mobilisiert werden. Private Kapitalgeber folgen dabei anderen Entscheidungskriterien als die öffentliche Hand. Wenn das Zusammenspiel von privatem und öffentlichem Kapital richtig kalibriert wird, können sie sich gegenseitig in ihrer Wirkung stärken. Verfehlte Abstimmung führt jedoch zu Fehlinvestitionen und Effizienzverlusten, die sich Deutschland und die Europäische Union angesichts der Herausforderungen nicht leisten können. Das ist die zentrale Herausforderung der künftig als „Spar- und Investitionsunion“ bezeichnete Kapitalmarktunion.

Diese Herausforderungen treffen nicht nur einzelne Mitgliedsstaaten, sondern bedrohen die wirtschaftliche und soziale

Stabilität der gesamten Union, wodurch diese im globalen Wettbewerb an Boden zu verlieren droht. Der massive Finanzbedarf in den Bereichen Energie, Wohnen, Verkehr und Digitalisierung wirft die Frage auf, wie Investitionen klug priorisiert und verteilt werden können, ohne bestehende Ungleichheiten zu verschärfen oder Marktverzerrungen zu schaffen.

Die 19 Förderbanken des Bundes und der Länder sowie die Europäische Investitionsbank (EIB) spielen in diesem Spannungsfeld eine Schlüsselrolle: Sie können Risiken reduzieren und so gezielt Investitionen im öffentlichen Interesse mobilisieren und Projekte ermöglichen, die im freien Markt keine ausreichende Finanzierung fänden – und dabei sicherstellen, dass der notwendige Umbau Europas gerecht, inklusiv und innovationsfördernd gestaltet wird. Ihre strategische Unterstützung ist zentral, um Europas grüne und soziale Transformation nachhaltig zu gestalten und die Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu sichern.

Der Ausbau klimafreundlicher und digitaler Infrastruktur entscheidet über die künftige Wettbewerbsfähigkeit Europas. Dabei geht es nicht nur um Hochtechnologiezentren oder industrielle Großprojekte, sondern insbesondere um Investitionen in die nachhaltige Daseinsvorsorge: etwa in Energieinfrastruktur, Schienenverkehr, Wärmenetze, nachhaltige Gebäude, Wasserversorgung, Biodiversitätsschutz sowie klimaresiliente urbane Räume.

Laut dem Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)³⁾ ist insbesondere der Ausbau grenzüberschreitender Energie- und Stromverbindungen ein zentrales

Element für Europas industrielle Zukunft – etwa um Lastflüsse aus erneuerbaren Quellen effizient zu steuern und europäische Energiemärkte zu integrieren. Doch viele strukturschwache Regionen bleiben von dieser Entwicklung bislang ausgeschlossen.

Nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit braucht Infrastruktur

Ein zentrales Hemmnis für diese Transformation ist jedoch weniger fehlendes Kapital, sondern der Mangel an Personal, technischer Kompetenz und Ko-Finanzierungsmöglichkeiten, wie die EIB⁴⁾ in ihrer Kommunalstudie 2023 zeigt. Mehr als die Hälfte der europäischen Städte möchten ihre Klimainvestitionen ausbauen, scheitern jedoch an den genannten strukturellen Defiziten.

Förderbanken wie die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), EIB, die baden-württembergische L-Bank oder die Sächsische Aufbaubank (SAB) übernehmen hier eine Schlüsselfunktion: Sie bieten nicht nur finanzielle Unterstützung, sondern auch strategische und technische Beratung. Durch gezielte Programme auf Landes- und Bundesebene können Förderbanken zunehmend auch Start-ups und technologieorientierte Mittelständler erreichen. So tragen sie zur Entwicklung und Skalierung nachhaltiger Geschäftsmodelle bei – mit positiven Effekten auf Wertschöpfung, Beschäftigung und Innovationsdynamik auch außerhalb etablierter Clusterregionen.

Ein zentraler Hebel ist dabei die Investition in Wagniskapitalfonds: Allein über KfW

Capital, eine Tochter der KfW, wurden bis Ende 2024 rund 2,5 Milliarden Euro in 132 europäische VC-Fonds investiert⁵⁾ – mit Unterstützung des ERP-Sondervermögens und des Zukunftsfonds. Diese Fonds erreichten über 2400 Start-ups und junge Technologieunternehmen, viele davon im Bereich Klimaschutz, Digitalisierung oder Gesundheit. Durchschnittlich investieren die Fonds fast das Vierfache des von KfW Capital bereitgestellten Kapitals in deutsche Unternehmen. Das trägt maßgeblich dazu bei, auch strukturschwache Regionen in den Innovations- und Transformationsprozess einzubeziehen.

Gesamtgesellschaftliches und gesamteuropäisches Projekt

Nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit darf nicht zur exklusiven Domäne einzelner Innovations-Cluster werden. Eine gerechte europäische Industriepolitik muss gezielt Regionen mit Strukturwandelpotential einbinden – ob in Ostdeutschland, Südosteuropa oder ländlichen Räumen. Förderbanken sind in der Lage, EU-Instrumente wie InvestEU, REPowerEU oder den Innovationsfonds mit lokalen Gegebenheiten zu verzahnen – und so Investitionen dorthin zu lenken, wo sie am meisten bewirken.

Der viel zitierte Bericht von Mario Draghi betont zu Recht die Notwendigkeit von Produktivität und technologischer Souveränität für die Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit – doch ohne eine faire Infrastrukturstrategie bleibt dieser Anspruch unvollständig. Es braucht einen europäischen Politikansatz, der regionale Gerechtigkeit zum integralen Bestandteil von Wettbewerbsfähigkeit macht. Eine europäische Förderpolitik, die im Gleichschritt mit einer dezentralen Infrastrukturstrategie agiert, kann hier entscheidende Impulse setzen.

Die klimaneutrale Transformation kann nur gelingen, wenn sie als gesamtgesellschaftliches und gesamteuropäisches Projekt gedacht wird – wirtschaftlich, sozial und räumlich ausgewogen. Förderbanken sind dabei nicht nur Kapitalgeber, sondern strategische Partner im Wandel.

Wegen ihres öffentlichen Auftrags sind sie in der Lage, Investitionen dorthin zu lenken, wo sie heute noch nicht selbstverständlich sind – und damit Europas Innovationskraft auf ein breiteres, gerechteres Fundament zu stellen.

Steigende Lebenshaltungskosten und explodierende Wohnpreise zählen heute zu den drängendsten sozialen Problemen Europas. Laut einer aktuellen Eurobarometer-Umfrage von Juli 2024⁶⁾ waren dies die Hauptgründe, die viele Bürgerinnen und Bürger bei der Wahl zum Europäischen Parlament motivierten. Zwischen 2015 und 2023 stiegen die Immobilienpreise in der EU im Durchschnitt um 48 Prozent. Parallel dazu erhöhten sich die Mietpreise im Zeitraum 2010 bis 2022 um durchschnittlich 18 Prozent. Immer mehr Haushalte geben mehr als 40 Prozent ihres Einkommens für Wohnen aus – in Städten betrifft dies rund 10,6 Prozent aller Haushalte, in ländlichen Regionen immerhin 7 Prozent.⁷⁾ Gleichzeitig zeigen Einschätzungen der KfW⁸⁾ einen Abfall in privaten und öffentlichen Investitionen, die auch den Wohnungsbereich betreffen. Diese lagen in Deutschland zuletzt 13 Prozent unter dem Investitionswert von 2019.

Eine soziale Frage und eine Infrastrukturherausforderung

Diese Entwicklung trifft insbesondere jene, die ohnehin am stärksten belastet sind: junge Menschen, Familien mit geringem oder mittlerem Einkommen sowie ältere Menschen. Wohnraum, der eine Grundlage für soziale Teilhabe und wirtschaftliche Sicherheit bildet, wird zunehmend zur Ware und damit zum Spekulationsobjekt. Dies widerspricht zutiefst dem Verständnis von Wohnen als Menschenrecht und öffentlichem Gut.

Trotz der Dringlichkeit bleibt die Modernisierung und der Ausbau bezahlbarer Wohninfrastruktur eine enorme Herausforderung. Produktivitätseinbrüche, hohe Baukosten und Fachkräftemangel verzögern Neubauten, während gleichzeitig der ökologische Umbau des Gebäudebestands durch hohe Energiepreise und ineffiziente Bestandsgebäude

Foto: René Repasi



Prof. Dr. René Repasi

Mitglied des Europäischen Parlaments, Brüssel

Alissa Nanami Ostendorf



Parlamentarische Assistentin, Europäisches Parlament, Brüssel

Europa steht angesichts massiver Transformationsbedarfe unter hohem Handlungsdruck: Klimaziele, digitale Infrastruktur, Energieversorgung und bezahlbarer Wohnraum erfordern jährlich Investitionen in dreistelliger Milliardenhöhe – weit über das aktuelle öffentliche Budget hinaus. Der Schlüssel liegt laut den Autoren in einer intelligenten Verzahnung von öffentlichem und privatem Kapital. Förderbanken wie die KfW und EIB übernehmen hierbei eine zentrale Rolle: Sie mildern Risiken, schließen Finanzierungslücken und fördern gezielt Innovation, Nachhaltigkeit und regionale Ausgewogenheit. Ob Wagniskapital für Start-ups, energetische Sanierung von Wohnraum oder grenzüberschreitende Netzinfrastrukturen – ihre Strategien reichen weit über reine Finanzierung hinaus. Die Zukunftsfähigkeit Europas hängt maßgeblich von ihrer Einbindung in eine integrierte Industrie-, Energie- und Sozialpolitik ab. Eine resiliente „Green Industrial Strategy“ könnte laut René Repasi und Alissa Nanami Ostendorf so zur tragfähigen Antwort auf globale Wettbewerbsdynamiken werden. (Red.)

erschwert wird. Insbesondere die energetische Sanierung des Bestandswohnraums bietet ein großes Wirkungsfeld für Förderbanken. Etwa zwei Drittel des Energieverbrauchs privater Haushalte in Europa entfällt auf das Heizen und rund 46 Millionen Europäer leben heute in Energiearmut.⁹⁾

Fokussierung auf Bestandsgebäude

Die Bezahlbarkeit von Sanierungen wird zur Schlüsselfrage, ob die nachhaltige Transformation von den Bürgern gestützt wird. Führt sie zur Überlastung der privaten Haushalte, bricht die öffentliche Un-

terstützung für diese Herausforderung ein. Die Sanierung des Hausbestands stellt dabei ein Geschäftsmodell dar, dessen Risiken überschaubar sind. Steigt die Energieeffizienz des Hauses, reduzieren sich die Ausgaben für den Energieverbrauch, was seinerseits einen entsprechenden Nachhaltigkeitskredit refinanziert. Zu häufig erscheint jedoch die Sanierung eines Hauses für dessen Eigentümer als ein finanzieller Kraftakt, den diese nicht mehr stemmen können. Hier müssen neue Finanzprodukte entwickelt und deren Entwicklung durch die Finanzmarktregulierung befördert werden.

Förderbanken sind bereits heute wichtige Akteure in diesem Bereich, wenn beispielsweise die KfW Kredite¹⁰⁾ von bis zu 150 000 pro Wohneinheit ermöglicht und Tilgungszuschüsse von bis zu 45 Prozent bewilligt in Abhängigkeit vom erreichten Effizienzstandard. Solche Finanzprodukte führen zu einer verbesserten Wohnqualität und reduzieren Energiekosten für Haushalte mit geringen Einkommen – und adressieren somit die gemeinwohlorientierten Zielsetzungen von Förderbanken. Gleichzeitig eröffnet die Fokussierung auf Bestandsgebäude neue Wirkungsfelder für Förderbanken: Sanierungsvorhaben in ländlichen Regionen oder Städten mit schrumpfender Bevölkerung, die für private Investoren oft unattraktiv sind, können durch öffentliche Förderung angestoßen werden. Hierzu bedarf es klarer Rahmenbedingungen – etwa einer Weiterentwicklung der EU-Beihilferegeln, die öffentliche Investitionen in gemeinwohlorientierte Wohnprojekte erleichtert, ohne den Wettbewerb zu verzerren.

Vor diesem Hintergrund dürfte sich die neue politische Priorisierung durch die Europäische Kommission – mit einem eigenen Kommissar für Energie und Wohnen sowie einer Sonderkommission für bezahlbares Wohnen – auch aus Sicht der Förderbanken als strategisch sinnvoll erweisen. Die Bündelung von Energie- und Wohnungspolitik auf EU-Ebene eröffnet Synergien, von denen Förderbanken unmittelbar profitieren können. Diese entstehen einerseits durch eine stärkere Ausrichtung bestehender EU-Instrumente wie InvestEU oder REPowerEU auf den

Wohnbereich, andererseits durch eine bessere Verknüpfung mit nationalen Förderprogrammen.

Die beispielsweise von der EIB angekündigte Investitionsplattform¹¹⁾ für bezahlbaren Wohnraum, die in Zusammenarbeit mit der Kommission nationale und lokale Akteure einbindet, wird in den kommenden zwei Jahren rund 10 Milliarden Euro mobilisieren, um bis zu 1,5 Millionen neue oder sanierte Wohneinheiten zu schaffen. Durch solche Initiativen können bestehende Finanzierungslücken effizient adressiert werden – und die Transformation des europäischen Wohnraums gelingt nicht nur ökologisch, sondern auch sozial ausgewogen.

Mehr als strategische Zielsetzungen

Damit Europa im globalen Wettbewerb um eine klimaneutrale Industrie nicht zurückfällt, braucht es mehr als strategische Zielsetzungen – es braucht investitionsfähige Infrastrukturen, und zwar überall. China und die USA machen vor, wie entschlossene Investitionspolitik Innovationskraft und wirtschaftliche Souveränität sichern kann. China zum Beispiel ist längst zur dominanten Macht in den Märkten für erneuerbare Energien, Elektrofahrzeuge und Batteriespeicher aufgestiegen und baut seine grüne Infrastruktur mit enormem Tempo weiter aus.

Die Vereinigten Staaten haben mit dem Inflation Reduction Act nachgezogen, der mit über 370 Milliarden¹²⁾ US-Dollar vor allem über steuerliche Anreize massive private Investitionen in grüne Technologien auslöst. Europa darf in diesem Wettlauf nicht zögern. Doch gerade in der Vielfalt Europas liegt seine Stärke: Eine dezentrale, gerechte und zielgerichtete Investitionsstrategie – getragen von Förderbanken – kann die Transformation wirtschaftlich, ökologisch und sozial tragfähig gestalten.

Förderbanken wie die KfW, EIB und ihre Partner auf Landes- und Regionalebene haben bereits bewiesen, dass sie nicht nur Kapitalgeber, sondern strategische Partner für eine nachhaltige Zukunft

sind. Wenn Europa es jetzt schafft, diese Institutionen stärker mit europäischer Industriepolitik, regionaler Strukturförderung und sozialer Wohnungspolitik zu verzahnen, kann die EU nicht nur verlorrenes Terrain zurückgewinnen, sondern mit einem „Green Industrial Deal“ zum Vorreiter einer gerechten, inklusiven und zukunftsfähigen Wirtschaft werden. Förderbanken sind das Rückgrat dieser Transformation – und ein Hoffnungsträger für ein Europa, das Klimaschutz mit Wohlstand, Gerechtigkeit und technologischer Souveränität verbindet.

Fußnoten

- 1) EZB „Mind the gap: Europe's strategic investment needs and how to support them“ 27 Juni 2024: <https://www.ecb.europa.eu/press/blog/date/2024/html/ecb.blog240627~2e939aa430.en.html>
- 2) EU Kommission 2023 Strategic Foresight Report, p. 14: https://commission.europa.eu/document/download/ca1c61b7-e413-4877-970b-8ef619fc6b6c_en?filename=SFR-23-beautified-version_en_0.pdf
- 3) ZEW „EU-Energiepolitik: Europäische Infrastruktur zukunftsgerichtet aus- und umbauen“ <https://www.zew.de/handlungsempfehlungen-2025/eu-energie-politik>
- 4) CoR „Städte in ganz Europa wollen Klimaschutz und soziale Infrastruktur stärken, wie eine Umfrage der EIB zeigt“ 8 April 2025: <https://cor.europa.eu/de/aktuelles/staedte-ganz-europa-wollen-klimaschutz-und-soziale-infrastruktur-staerken-wie-eine-umfrage-der-eib>
- 5) <https://www.kfw.de/About-KfW/Reporting-Portal/Reporting-2023/KfW-Capital/index-2.html>
- 6) EU Post-electoral survey 2024: <https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/3292>
- 7) EP Rising housing costs in the EU: the facts (infographics): <https://www.europarl.europa.eu/topics/en/article/20241014STO24542/rising-housing-costs-in-the-eu-the-facts-infographics>
- 8) Handelsblatt „Deutschland fällt bei Investitionen zurück“ 23. Januar 2025: <https://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/infrastruktur-deutschland-faellt-bei-investitionen-zurueck/100102795.html>
- 9) EIB 6. März 2025: <https://www.eib.org/en/press/all/2025-123-eib-group-and-european-commission-lay-foundations-for-a-new-pan-european-investment-platform-for-affordable-and-sustainable-housing>
- 10) <https://www.kfw.de/inlandsfoerderung/Privatpersonen/Bestandsimmobilie/Energieeffizient-Sanieren/F%C3%B6rderprodukte/>
- 11) EIB „European Commission and EIB group lay foundations for a new pan-European investment platform for affordable and sustainable housing“ 6. März 2025: <https://www.eib.org/en/press/all/2025-123-eib-group-and-european-commission-lay-foundations-for-a-new-pan-european-investment-platform-for-affordable-and-sustainable-housing>; und: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_671
- 12) „\$369 billion in investment incentives to address energy security and climate change“ 16. Aug 2022: <https://investmentpolicy.unctad.org/investment-policy-monitor/measures/4004/-369-billion-in-investment-incentives-to-address-energy-security-and-climate-change#:~:text=The%20law%20includes%20about%20369,of%20clean%20energy%20production%20and>